

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2008 — 1725

[C - 2008/33045]

**13. MÄRZ 2008 — Erlass der Regierung zur Regelung der Bezuschussung  
von Projekten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993, 16. Dezember 1996, 18. Dezember 1998, 4. Mai 1999, 6. Mai 1999, 25. Mai 1999, 22. Dezember 2000, 7. Januar 2002, 24. Dezember 2002, 5. Mai 2003, 3. Juli 2003, 27. März 2006, 20. März 2007 und 21. April 2007;

Auf Grund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, insbesondere Artikel 3 § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 11. März 2008;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 13. März 2008;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass durch die Neuschaffung des Rates für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration die vormalige Bezuschussungsprozedur, in der der Rat für Entwicklungszusammenarbeit eine Gutachter-Funktion einnahm, nicht mehr durchführbar ist, und durch vorliegenden Erlass die Kontinuität in der Bezuschussung gewährleistet wird;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten;

Nach Beratung,

Beschließt:

Förderbereiche

**Artikel 1** - Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann der zuständige Minister Projekte der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen, insbesondere:

1. im Rahmen der bilateralen Hilfe;
2. im Rahmen der Krisen- und Katastrophenhilfe;
3. zur Sensibilisierung der hiesigen Bevölkerung.

Die schwach entwickelten Länder gemäß der Aufstellung der Vereinten Nationen finden besondere Berücksichtigung.

Vorrangig werden Projekte in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Gesundheit sowie der Schutz bedrohter Bevölkerungsgruppen gefördert.

**Art. 2** - Initiativen gemäß Artikel 1 Punkt 1 und 2 müssen in Zusammenarbeit mit einer Partnerorganisation mit Sitz oder Niederlassung im geförderten Land durchgeführt werden.

Antragsteller

**Art. 3** - § 1 - Folgende Antragsteller mit Sitz oder Niederlassung im deutschen Sprachgebiet kommen für eine Bezuschussung im Sinne von Artikel 1 in Betracht:

1. Organisationen deren Hauptaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit liegt;
2. Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, Gemeinden, Gewerkschaften, Initiativen, Kooperativen und Schulen;
3. Zusammenschlüsse von Organisationen gemäß Punkt 1 und 2, wobei eine Organisation dabei als verantwortlicher Projektträger fungiert.

§ 2 - Folgende Antragsteller ohne Sitz oder Niederlassung im deutschen Sprachgebiet können ebenfalls für eine Bezuschussung im Sinne von Artikel 1 in Betracht kommen:

1. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch den Föderalstaat anerkannte Nichtregierungsorganisationen;
2. Organisationen, deren Projekt von einer anderen öffentlichen Behörde unterstützt wird und die für dieses Projekt einen Antrag zur Komplementärfinanzierung stellen.

Grundsätze und Bezuschussungskriterien für Projekte im Rahmen der bilateralen Hilfe

**Art. 4** - Die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft geförderte Entwicklungszusammenarbeit im Sinne von Artikel 1 Punkt 1 hat folgende Grundsätze:

1. die Förderung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen;
2. die Zusammenarbeit muss der langfristigen Entwicklung der Zielgruppe dienen;
3. die Projektarbeit erfolgt strukturiert und partnerschaftlich durch:
  - eine aktive Partizipation der Partnerorganisation und der Zielgruppe;
  - eine Bedarfsanalyse in Kooperation mit der Zielgruppe;
  - eine ausführliche Situations- und Problemanalyse in Kooperation mit der Zielgruppe;
  - die Erarbeitung der angewendeten Methoden und Techniken zur Problembhebung in Kooperation mit der Zielgruppe;
  - das Festlegen der Aufgabenbereiche der jeweiligen Partner;

- eine nachvollziehbare Berichterstattung und Offenlegung aller Schritte und Phasen des Projektes oder der Kampagne;
- die Erfassung der Effizienz und der Wirksamkeit.
- 4. den Einsatz für nachhaltige Entwicklung;
- 5. die effiziente Öffentlichkeitsarbeit.

**Art. 5** - Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit im Sinne von Artikel 1 Punkt 1 müssen vorrangig eine oder mehrere der folgenden Zielsetzungen berücksichtigen:

- Grund-, Aus- und Weiterbildung und der gleichberechtigte Zugang dazu;
- Schutz bedrohter Bevölkerungsgruppen, insbesondere indigener Bevölkerungsteile und Minderheiten;
- Verbesserung der Lage der Frau;
- Förderung des gerechten Handels;
- Kinderschutz und Bekämpfung von Kinderarbeit;
- Förderung einer ausgeglichenen sozialen Entwicklung zwischen den Geschlechtern;
- Entwicklung menschlicher Ressourcen;
- Förderung von Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen;
- Stärkung des Gesundheitssystems;
- Förderung des Umweltschutzes und des entsprechenden Bewusstseins;
- Förderung der Erwerbstätigkeit;
- Förderung der Mikrokreditwirtschaft;
- Ländliche und städtische Sozial- und Wirtschaftsentwicklung;
- Auf- und Ausbau lokaler Strukturen;
- Stärkung der Zivilgesellschaft und der Hilfe zur Selbsthilfe;
- Einhaltung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie;
- Initiativen der Konfliktvorbeugung, -regelung und Blösung.

#### Partnerorganisationen

**Art. 6** - Die Partnerorganisationen der Antragsteller gemäß Artikel 2 sind lokale Nichtregierungsorganisationen, Basisorganisationen, Zivilgesellschaftsorganisationen, Initiativen oder Kooperativen, die über eine repräsentative Struktur verfügen, und deren Rechtschaffenheit und Seriosität als erwiesen gelten.

Öffentliche Behörden werden nur in zu begründenden Ausnahmefällen als Partnerorganisationen der Antragsteller angesehen.

#### Projektdauer für Projekte im Rahmen der bilateralen Hilfe

**Art. 7** - Die Projektdauer für Projekte gemäß Artikel 1 Punkt 1 beträgt mindestens 2 Jahre. Abweichungen von dieser Mindestdauer können nur in zu begründenden Ausnahmefällen gewährt werden.

Bereits geförderte Projekte können verlängert werden.

#### Antrag auf Bezuschussung

**Art. 8** - § 1 - Der vollständig ausgefüllte Bezuschussungsantrag ist bei der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzureichen. Der Antragsteller kann den Antrag durch zusätzliche Dokumente ergänzen. Dies geschieht formlos.

Der Antrag umfasst:

- Eine präzise Projektbeschreibung;
- Die Bezeichnung der teilnehmenden Partnerorganisation(en);
- Die Zielsetzungen des Projektes;
- Die Durchführbarkeitsstudie;
- Eine Auflistung der Überprüfungsindikatoren
- Indikatoren der Nachhaltigkeit des Projektes.

§ 2 - Anträge auf Bezuschussung von Projekten im Sinne von Artikel 1 Punkt 1 und 3 sind zu folgenden Stichdaten einzureichen: 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November.

Ist ein Antrag nicht vollständig wird der Antragsteller darüber schriftlich informiert. Der Antrag muss dann zum darauf folgenden Stichdatum erneut eingereicht werden.

Der zuständige Minister kann unbeschadet der Stichdaten jederzeit Projektaufrufe durchführen. Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration wird hierüber schriftlich benachrichtigt.

§ 3 - Anträge für Initiativen im Sinne von Artikel 1 Punkt 2 können jederzeit eingereicht werden.

#### Auszahlung

**Art. 9** - Die Auszahlung der zugesagten Bezuschussung erfolgt nach Abschluss des Projektes und nach Vorlage der Belege und vorbehaltlich einer möglichen Vor-Ort-Kontrolle.

Auf zu begründenden Antrag hin kann ein Vorschuss in Höhe von bis zu 80 Prozent der zugesagten Bezuschussung gezahlt werden.

**Art. 10** - Der zuständige Minister legt das Muster des Bezuschussungsantrags fest. Dieses Muster ist für jeden Antrag zu verwenden.

**Art. 11** - Der zuständige Minister entscheidet über Art und Umfang der Bezuschussung eines beantragten Projektes.

## Aufhebung

**Art. 12** - Der Erlass der Regierung zur Festlegung der Kriterien für die Begutachtung von Anträgen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit vom 7. April 2004 ist aufgehoben.

## In-Kraft-treten

**Art. 13** - Vorliegender Erlass tritt am 1. April 2008 in Kraft.

## Ausführende Bestimmung

**Art. 14** - Der Ministerpräsident wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 13. März 2008

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 1725

[C - 2008/33045]

**13 MARS 2008. — Arrêté du Gouvernement réglant le subventionnement de projets en matière de coopération au développement**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 6 juillet 1990, 18 juillet 1990, 5 mai 1993, 16 juillet 1993, 30 décembre 1993, 16 décembre 1996, 18 décembre 1998, 4 mai 1999, 6 mai 1999, 25 mai 1999, 22 décembre 2000, 7 janvier 2002, 24 décembre 2002, 5 mai 2003, 3 juillet 2003, 27 mars 2006, 20 mars 2007 et 21 avril 2007;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1<sup>er</sup>, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 11 mars 2008;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 13 mars 2008;

Vu l'urgence;

Considérant que l'ancienne procédure de subventionnement, où le Conseil pour la coopération au développement jouait un rôle consultatif, ne peut plus être appliquée étant donné la récente création du Conseil pour la coopération au développement, la solidarité et l'intégration, et que le présent arrêté garantit la continuité du subventionnement;

Sur la proposition du Ministre-Président;

Après délibération,

Arrête :

## Secteurs soutenus

**Article 1<sup>er</sup>.** Dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le ministre compétent peut soutenir des projets en matière de coopération au développement, notamment :

1° dans le cadre de l'aide bilatérale;

2° dans le cadre de l'aide en cas de crise ou de catastrophe;

3° en vue de sensibiliser ici la population.

Les pays qui, suivant la liste des Nations Unies, sont peu développés bénéficient d'une attention particulière.

Sont prioritairement soutenus les projets relatifs aux secteurs de la formation, de l'emploi et de la santé ainsi que de la protection des groupes de population menacés.

**Art. 2.** Les initiatives visées à l'article 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, doivent être menées en coopération avec une organisation partenaire ayant son siège ou une implantation dans le pays soutenu.

## Demandeurs

**Art. 3.** § 1<sup>er</sup>. Les demandeurs suivants, qui ont leur siège ou une implantation en région de langue allemande, peuvent bénéficier d'un subside au sens de l'article 1<sup>er</sup> :

1° organisations qui ont pour mission principale la coopération au développement;

2° associations sans but lucratif, communes, syndicats, initiatives, coopératives et écoles;

3° groupements d'organisations visées aux points 1° et 2°, une organisation assumant la responsabilité en tant que promoteur de projet.

§ 2. Les demandeurs suivants, qui n'ont ni siège ni implantation en région de langue allemande, peuvent également bénéficier d'un subside au sens de l'article 1<sup>er</sup> :

1° les organisations non gouvernementales reconnues par l'Etat fédéral dans le cadre de la coopération au développement;

2° les organisations dont le projet est soutenu par un autre pouvoir public et qui introduisent, pour ce même projet, une demande de financement complémentaire.

Principes et critères de subventionnement pour des projets dans le cadre de l'aide bilatérale

**Art. 4.** La coopération au développement visée à l'article 1<sup>er</sup>, 1°, soutenue par la Communauté germanophone répond aux principes suivants :

1° la promotion des objectifs de développement des Nations Unies;

- 2° la coopération doit servir au développement à long terme du groupe cible;
- 3° le travail de projet est structuré et mené en partenariat grâce à
  - une participation active de l'organisation partenaire et du groupe cible;
  - une analyse des besoins réalisée en coopération avec le groupe cible;
  - une analyse détaillée de la situation et des problèmes en coopération avec le groupe cible;
  - la mise au point des méthodes et techniques appliquées en vue de résoudre les problèmes faite en coopération avec le groupe cible;
  - la détermination des missions des différents partenaires;
  - un rapportage clair et une publicité de toutes les étapes et phases du projet ou de la campagne;
  - l'évaluation de l'efficacité et de l'efficacé;
- 4° l'engagement pour le développement durable;
- 5° des relations publiques efficaces.

**Art. 5.** Les initiatives en matière de coopération au développement visées à l'article 1<sup>er</sup>, 1°, doivent prioritairement poursuivre un ou plusieurs des objectifs suivants :

- l'éducation de base, la formation initiale et la formation continuée et l'accès égalitaire à celles-ci;
- la protection des groupes de population menacés, notamment de parties de population indigènes et de minorités;
- l'amélioration de la condition féminine;
- la promotion du commerce équitable;
- la protection de l'enfant et la lutte contre le travail des enfants;
- la promotion d'une évolution sociale équilibrée entre homme et femme;
- le développement des ressources humaines;
- la promotion des mesures de prévention et d'information;
- le renforcement du système sanitaire;
- la promotion de la protection de l'environnement et de la conscientisation en la matière;
- la promotion de l'activité lucrative;
- la promotion du microcrédit;
- le développement socio-économique rural et urbain;
- l'installation et extension de structures locales;
- le renforcement de la société civile et de l'aide à l'entraide;
- le respect des droits de l'homme et la promotion de la démocratie;
- les initiatives visant la prévention, le règlement et la résolution de conflits.

#### Organisations partenaires

**Art. 6.** Les organisations partenaires des demandeurs visés à l'article 2 sont des organisations non gouvernementales locales, des organisations de base, des organisations de la société civile, des initiatives ou coopératives disposant d'une structure représentative et dont la probité et le sérieux sont avérés.

Les pouvoirs publics ne sont considérés comme organisations partenaires des demandeurs que dans des cas exceptionnels dûment motivés.

#### Durée des projets dans le cadre de l'aide bilatérale

**Art. 7.** La durée des projets visés à l'article 1<sup>er</sup>, 1°, est de deux ans au moins. Des dérogations à cette durée minimale ne peuvent être accordées que dans des cas exceptionnels dûment motivés.

Des projets déjà financés peuvent être prolongés.

#### Demande de subsides

**Art. 8.** § 1<sup>er</sup>. La demande de subsides dûment complétée doit être introduite auprès de la division compétente du Ministère de la Communauté germanophone. Le demandeur peut joindre à sa demande des documents supplémentaires, de manière non formelle.

La demande comprend :

- une description précise du projet;
- la présentation des organisations qui sont parties prenantes;
- les objectifs du projet;
- l'étude de faisabilité;
- une liste des indicateurs de contrôle;

— les indicateurs de durabilité du projet.

§ 2. Les demandes de subsides pour les projets visés à l'article 1, 1° et 3°, seront introduites aux dates de référence suivantes : 1<sup>er</sup> février, 1<sup>er</sup> mai, 1<sup>er</sup> août et 1<sup>er</sup> novembre.

Si une demande est incomplète, le demandeur en est informé par écrit. Dans ce cas, la demande doit être réintroduite pour la date de référence suivante.

Sans préjudice des dates de référence, le ministre compétent peut en tout temps lancer des appels à projet. Le Conseil pour la coopération au développement, la solidarité et l'intégration en est informé par écrit.

§ 3. Les demandes relatives aux initiatives visées à l'article 1<sup>er</sup>, 2°, peuvent être introduites en tout temps.

#### Liquidation

**Art. 9.** Le subside promis est liquidé après la réalisation du projet, sur présentation des justificatifs et sous réserve d'un éventuel contrôle sur place. Sur demande motivée, une avance peut être versée à concurrence de 80 % du subside accordé.

**Art. 10.** Le Ministre compétent fixe le modèle de demande de subsides à utiliser pour toute demande.

**Art. 11.** Le Ministre compétent décide de la nature et du volume du subside pour un projet demandé.

#### Abrogation

**Art. 12.** L'arrêté du Gouvernement du 7 avril 2004 fixant les critères selon lesquels un avis est remis quant aux demandes introduites en matière de coopération au développement est abrogé.

#### Entrée en vigueur

**Art. 13.** Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 2008.

#### Exécution

**Art. 14.** Le Ministre-Président est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 13 mars 2008.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,  
K.-H. LAMBERTZ

#### VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 1725

[C - 2008/33045]

#### 13 MAART 2008. — Besluit van de Regering houdende regeling van de subsidiëring van projecten inzake ontwikkelingssamenwerking

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli 1990, 18 juli 1990, 5 mei 1993, 16 juli 1993, 30 december 1993, 16 december 1996, 18 december 1998, 4 mei 1999, 6 mei 1999, 25 mei 1999, 22 december 2000, 7 januari 2002, 24 december 2002, 5 mei 2003, 3 juli 2003, 27 maart 2006, 20 maart 2007 en 21 april 2007;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 11 maart 2008;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 13 maart 2008;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de vroegere subsidiëeringsprocedure, waar de Raad voor ontwikkelingssamenwerking een adviesfunctie uitoefende, wegens de recente oprichting van de Raad voor ontwikkelingssamenwerking, solidariteit en integratie niet meer kan worden toegepast en dat voorliggend besluit voor de continuïteit van de subsidiëring zorgt;

Op de voordracht van de Minister-President;

Na beraadslaging,

Besluit :

Ondersteunde sectoren

**Artikel 1.** Binnen de perken van de beschikbare begrotingskredieten kan de bevoegde minister projecten inzake ontwikkelingssamenwerking ondersteunen, o.a. :

1° in het kader van de bilaterale hulp;

2° in het kader van de hulp bij crisis of ramp;

3° om hier de bevolking te sensibiliseren.

De minst ontwikkelde landen opgenomen in de lijst van de Verenigde Naties genieten een bijzondere aandacht.

De projecten m.b.t. de opleiding, de tewerkstelling en de gezondheid alsmede m.b.t. de bescherming van bedreigde bevolkingsgroepen worden met voorrang ondersteund.

**Art. 2.** De initiatieven bedoeld in artikel 1, 1° en 2°, moeten in samenwerking met een partnerorganisatie worden uitgevoerd die haar zetel of een vestiging in het ondersteunde land heeft.

#### Aanvragers

**Art. 3. § 1.** Volgende aanvragers die hun zetel of een vestiging in het Duitse taalgebied hebben, mogen een subsidie in de zin van artikel 1 verkrijgen :

1° organisaties die de ontwikkelingssamenwerking als hoofdopdracht hebben;

2° verenigingen zonder winstoogmerk, gemeenten, vakbonden, initiatieven, coöperatieven en scholen;

3° groeperingen van organisaties bedoeld in de punten 1° en 2°, waarbij een organisatie de verantwoordelijkheid als projectpromotor op zich neemt.

§ 2. Volgende aanvragers die noch hun zetel noch een vestiging in het Duitse taalgebied hebben, mogen eveneens een subsidie in de zin van artikel 1 verkrijgen :

1° de niet-gouvernementele organisaties die in het kader van de ontwikkelingssamenwerking door de federale Staat erkend zijn;

2° de organisaties waarvan het project door een andere openbare instelling wordt ondersteund en die een verzoek om bijkomende financiering indienen.

#### Subsidiëringsprincipes en -criteria voor projecten in het kader van de bilaterale hulp

**Art. 4.** De in artikel 1, 1°, bedoelde ontwikkelingssamenwerking die door de Duitstalige Gemeenschap wordt ondersteund, leeft volgende principes na :

1° de bevordering van de door de Verenigde Naties bepaalde ontwikkelingsdoelen;

2° de samenwerking moet de ontwikkeling op lange termijn van de doelgroep dienen;

3° het projectwerk gebeurt in partnerschap en op gestructureerde wijze, nl. door :

— een actieve medewerking van de partnerorganisatie en van de doelgroep;

— een behoeftenanalyse uitgevoerd in samenwerking met de doelgroep;

— een gedetailleerde situatie- en probleemanalyse uitgevoerd in samenwerking met de doelgroep;

— het uitwerken, in samenwerking met de doelgroep, van methodes en technieken toegepast met het oog op de problemenoplossing;

— de vastlegging van de opdrachten van de verschillende partners;

— een duidelijke rapportage en een openbaarmaking van alle stappen en fases van het project of van de campagne;

— de evaluatie van de efficiëntie en van de doelmatigheid;

4° het engagement voor de duurzame ontwikkeling;

5° efficiënt public relations-werk.

**Art. 5.** De in artikel 1, 1°, bedoelde initiatieven inzake ontwikkelingssamenwerking moeten met voorrang één of meerdere der volgende doeleinden nastreven :

— de basiseducatie, opleiding en voortgezette opleiding en een gelijke toegang ertoe;

— de bescherming van de bedreigde bevolkingsgroepen, met name van inheemse bevolkingsgedeelten en van minderheden;

— de verbetering van de vrouwelijke conditie;

— de bevordering van eerlijke handel;

— de kindbescherming en de bestrijding van kinderarbeid;

— de bevordering van een evenwichtige sociale ontwikkeling van man en vrouw;

— de ontwikkeling van de menselijke resources;

— de bevordering van de maatregelen inzake preventie en voorlichting;

— de versterking van het gezondheidssysteem;

— de bevordering van de milieubescherming en van het bewustzijn terzake;

— de bevordering van de winstgevende bedrijvigheid;

- de bevordering van microkrediet;
- de landelijke en stedelijke socio-economische ontwikkeling;
- de op- en uitbouw van lokale structuren;
- de versterking van de burgerlijke maatschappij en van de hulp tot zelfhulp;
- de eerbiediging van de mensenrechten en bevordering van de democratie;
- de initiatieven met het oog op de voorkoming, beslechting en oplossing van conflicten.

#### Partnerorganisaties

**Art. 6.** De partnerorganisaties van de in artikel 2 bedoelde aanvragers zijn lokale niet-gouvernementele organisaties, basisorganisaties, organisaties van de burgerlijke maatschappij, initiatieven of coöperaties die over een representatieve structuur beschikken en waarvan de eerlijkheid en oprechtheid zijn bewezen.

Openbare besturen zullen slechts in behoorlijk gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen als partnerorganisaties van de aanvragers worden beschouwd.

#### Duur van de projecten in het kader van de bilaterale hulp

**Art. 7.** De duur van de in artikel 1, 1°, bedoelde projecten belooft ten minste twee jaar. Afwijkingen van deze minimale duur mogen slechts in buitengewone, behoorlijk gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen worden toegekend.

Al gefinancierde projecten mogen worden verlengd.

#### Subsidiëringsaanvragen

**Art. 8. § 1.** De behoorlijk ingevulde subsidiëringsaanvraag moet bij de bevoegde afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden ingediend. De aanvrager mag bijkomende documenten op niet-formele wijze bij de aanvraag voegen.

De aanvraag omvat :

- een precieze beschrijving van het project;
- een presentatie van de deelnemende organisaties;
- de doeleinden van het project;
- een haalbaarheidsstudie;
- een lijst met de toezichtindicatoren;
- de indicatoren over de duurzaamheid van het project.

§ 2. De subsidiëringsaanvragen m.b.t. de projecten bedoeld in artikel 1, 1° en 3°, moeten op volgende refertedatum worden ingediend : 1 februari, 1 mei, 1 augustus en 1 november.

Is een aanvraag niet volledig, wordt dit de aanvrager schriftelijk meegedeeld. In dit geval moet de aanvraag opnieuw, voor de volgende refertedatum, worden ingediend.

Onverminderd de refertedatum kan de bevoegde minister te allen tijde een oproep tot projecten lanceren. De Raad voor de ontwikkelingssamenwerking, solidariteit en integratie wordt er schriftelijk over geïnformeerd.

§ 3. Aanvragen m.b.t. de in artikel 1, 2°, bedoelde initiatieven, mogen te allen tijde worden ingediend.

#### Uitbetaling

**Art. 9.** De beloofde subsidie wordt uitbetaald na de verwezenlijking van het project, op voorlegging van de bewijsstukken en onder voorbehoud van een mogelijke controle ter plaatse. Op met redenen omkleed verzoek kan een voorschot ten belope van 80 % van de beloofde subsidie worden gestort.

**Art. 10.** De bevoegde minister legt het model voor de subsidiëringsaanvragen vast; het moet voor elke aanvraag worden gebruikt.

**Art. 11.** De bevoegde minister beslist over de aard en de omvang van de subsidie voor een aangevraagd project.

#### Opheffing

**Art. 12.** Het besluit van de Regering van 7 april 2004 houdende vastlegging van de criteria voor het uitbrengen van een advies m.b.t. de aanvragen inzake ontwikkelingssamenwerking wordt opgeheven.

#### Inwerkingtreding

**Art. 13.** Voorliggend besluit treedt in werking op 1 april 2008.

#### Uitvoering

**Art. 14.** De Minister-President is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 13 maart 2008.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,  
K.-H. LAMBERTZ